



Antrag

der Fraktion des SSW

Deutsch-Dänische Grenzregion: Impulse für einen erfolgreichen gemeinsamen Ansiedlungs- und Wirtschaftsraum

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die deutsch-dänische Grenzregion in der Wirtschaftszusammenarbeit zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein nach wie vor unter ihren Potenzialen bleibt. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, innerhalb ihrer Wirtschafts- und Ansiedlungsstrategie die deutsch-dänische Grenzregion stärker zu priorisieren und diese durch wirtschafts-, arbeitsmarkt- und infrastrukturelle Maßnahmen gezielt als gemeinsame Wirtschaftsregion zu stärken, mit den politischen Entscheidungsträgern, Wirtschaftsvertretern sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen aus beiden Ländern noch intensiver zu bewerben und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dazu sollen folgende Vorschläge umgesetzt werden:

1. Wirtschaft und Industrie:
 - Entwicklung und Förderung grenzüberschreitender Potenzialcluster in Schlüsselbranchen wie Maschinenbau, Nahrungsmittelproduktion und erneuerbare Energien
 - Fortsetzung des Bürokratieabbaupfades: Weitergehende bürokratische Vereinfachung bzw. Beschleunigung von Unternehmensansiedlungen durch eine koordinierte Wirtschaftsförderung, insbesondere mit Fokus auf mittelständische Unternehmen
 - Eine gemeinsame Ausrichtung der touristischen Entwicklung für die grenznahen Destinationen sowie gezielte Initiativen, um Gäste aus dem dänischen und nordischen Quellmarkt gezielt in die Region zu leiten.
2. Arbeitsmarkt und Bildung:
 - Kontinuierlicher Ausbau des integrierten Arbeitsmarktes mit vereinfachten rechtlichen Rahmenbedingungen für Grenzpendler

- Kontinuierliche Weiterentwicklung gemeinsamer Ausbildungsprogramme in Industrie- und Handwerksberufen mit Ausbildungsabschlüssen, die in beiden Ländern anerkannt sind (z. B. Verstetigung/Integration der Ergebnisse des Interreg-Projektes STaRForCE und Erhöhung der Teilnehmerzahlen durch Einbindung weiterer Partnerunternehmen und –schulen in der Grenzregion; in Ergänzung zu den in dem interfraktionellen Antrag unter Umdrucknummer 20/5753 beschriebenen Maßnahmen)
 - Beschleunigte gegenseitige Anerkennungsverfahren bei Schulabschlüssen und Berufsqualifikationen
 - Stärkung der Hochschulkooperationen und Einrichtung gemeinsamer Studiengänge mit industriellem Schwerpunkt.
3. Infrastruktur:
- Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Westküste zur besseren Anbindung an den überregionalen Wirtschaftsverkehr
 - Ausbau und Optimierung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs, u.a. zügige Umsetzung der Reaktivierung und nachhaltigen Anbindung des Bahnhofs Flensburg-Weiche, die Ertüchtigung des Westkorridores zwischen Esbjerg und Hamburg für Fern- und Güterverkehre sowie die Förderung neuer Bahnverbindungen nach Skandinavien, z. B. neue Tages- und Nachtverbindungen über den Jütlandkorridor
 - Stärkung der Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Häfen durch abgestimmte Entwicklungsstrategien, strategische Kooperation zur gemeinsamen Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz in der Grenzregion sowie Förderung umweltfreundlicher, emissionsarmer (Schiffs- /Hafen-)Technologien
 - Förderung grenzüberschreitender digitaler Infrastrukturprojekte (u.a. Ausbau unterbrechungsfreier 5G-Korridore und Interoperabilität der Verwaltung; eingebettet in die inzwischen bestehende Digital-Partnerschaft mit Estland zur Implementierung interoperabler Datenarchitekturen und E-Government-Lösungen nach nordeuropäischem Vorbild).
4. Institutionelle Zusammenarbeit:
- Unterstützung und verstärkte Sichtbarmachung des bei der WT.SH angesiedelten „Dänemark-Koordinators“ für Schleswig-Holstein sowie die Stärkung des Aufgabenbereiches mit weiteren Stellen
 - Aufbau eines One-Stop-Shops für die Ansiedlung von Unternehmen aus Dänemark, der sich u.a. an den grenzüberschreitenden Potenzialclustern ausrichtet
 - Abbau des Umsetzungsdefizits: Es liegen bereits zahlreiche Strategievorschläge, Impulse und Potenzialanalysen für den nördlichen Landesteil vor, welche noch intensiver in das konkrete Umsetzungsmanagement innerhalb des Wirtschaftsportfolios eingearbeitet werden könnten und sollten (z. B. herausgearbeitet im Rahmen der „nordwärts“-Konferenzreihe, organisiert vom Kiel Institut für Weltwirtschaft, sowie aus dem „Cross Border Panel“)

- Stärkung der politischen Kommunikations- und Managementachse
Kopenhagen – Kiel – Berlin
- Strategischere Nutzung bestehender Plattformen, Mitgliedschaften und
Minderheiten-Organisationen beidseitig der Grenze
- Langfristige Perspektive: Ausbau der grenzüberschreitenden
Zusammenarbeit und Stärkung der bestehenden
Kooperationsstrukturen in der Region Sønderjylland-Schleswig, die ggf.
in der Gründung eines Europäischen Verbunds für Territoriale
Zusammenarbeit (EVTZ) oder einer EuRegio münden können.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Landesteil Schleswig und insbesondere die Grenzregion bei der Verausgabung von Finanzmitteln zur Stärkung der wirtschaftlichen Infrastruktur stärker zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sollen – neben Anteilen aus dem Infrastruktur-Sondervermögen – auch künftig verstärkt GRW-Mittel sowie Spielräume innerhalb des Landesinfrastrukturprogramms IMPULS genutzt werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie durch gezielte Projektauftrufe im Rahmen der EU-Strukturförderung (EFRE) und des Interreg-Programms Deutschland-Danmark zusätzliche Investitionsimpulse für die Grenzregion gesetzt und synergetisch mit Landesmitteln verknüpft werden können.

Begründung:

Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins ist in den verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während die Wirtschaftskraft und die infrastrukturelle Integration in den Gebieten rund um die Metropolregion Hamburg („Speckgürtel“) am stärksten ist, leiden Regionen im Landesteil Schleswig unter einer strukturellen Schwäche bis hin zu Vernachlässigung, die durch eine wirtschaftspolitische Aufwertung langfristig abgemildert und behoben werden könnte. Der nördliche Landesteil bietet – gerade auch durch die unmittelbare Nähe zu und Kooperationsmöglichkeiten mit dänischen Partnern – weiterhin erhebliche Potenziale. Diese gilt es, endlich strukturiert und nachhaltig erfolgreich zu heben.

Insgesamt steht die deutsch-dänische Grenzregion weiterhin vor infrastrukturellen Herausforderungen. Der gemeinsam weiterzuentwickelnde Wirtschaftsraum bleibt unter seinem Potenzial, hochqualifizierte Fachkräfte wandern ab bzw. können nicht in ausreichender Zahl für eine dauerhafte Ansiedlung gewonnen und gehalten werden, das Potenzial für grenzüberschreitende Unternehmenskooperationen in Schlüsselbranchen wird noch nicht ausgeschöpft und bürokratische Hemmnisse bremsen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach wie vor aus. Zudem bleiben der Ausbau und die Optimierung der grenzüberschreitenden Infrastruktur, insbesondere im Schienenverkehr, nach wie vor eine aktuelle politische Zielvorgabe, um die deutsch-dänische Grenzregion als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum weiter zu stärken, die Mobilität zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark zu intensivieren. Eine leistungsfähige und gut vernetzte Infrastruktur ist das Rückgrat für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt in der deutsch-dänischen Grenzregion.

Sybilla Nitsch
und Fraktion